

Der Islam in Europa

Platz für das islamische Recht

Interview mit Ahmad von Denffer

Ahmad von Denffer wurde dadurch bekannt, dass er gelegentlich für das Islamische Zentrum München Stellung gegen moderate Äußerungen des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD) bezog, obwohl das Zentrum selbst ZMD-Mitglied ist.

Ahmad von Denffer: Bismillahi-r-rahmani-r-rahim. Das heißt auf deutsch: Im Namen Gottes, des Erbarmers, des Barmherzigen. Und alles, was einem Muslim wertvoll und wichtig ist, fängt er so an. Sie haben mich gefragt, in welcher Funktion ich hier bin. In dieser Einrichtung bin ich der Vorsitzende von *Muslime Helfen*, einem humanitären Hilfswerk in Deutschland. Möglicherweise ist es aber auch von Interesse, dass ich ebenfalls im Islamischen Zentrum München tätig bin.

Die EU wird mit der zu erwartenden Südosterweiterung durch die Türkei unmittelbar an die islamisch-arabische Welt grenzen. Wie stellen Sie sich diese Nachbarschaft vor, diese engere Berührung Europas mit der arabischen Welt?

Also aus meiner Sicht ist die Nachbarschaft eigentlich jetzt schon gegeben, unmittelbar und sehr eng. Das rührt allein davon her, dass wir in Deutschland selbst über drei Millionen Menschen muslimischen Glaubens haben; und die Verbindungen zur Türkei bestehen schon sehr lange; um nur ein Stichwort zu erwähnen: die Nato-Mitgliedschaft der Türkei. Auch mit den nordafrikanischen Ländern gibt es seit längerer Zeit enge wirtschaftliche Kontakte mit der EU. Von den alten Verbindungen über Andalusien und den Balkan ganz zu schweigen. Ich denke also, das Verhältnis zur muslimischen Welt wird sich nicht sehr grundlegend verändern. Wenn die Türkei es einmal schaffen sollte, ihren Platz in der EU zu finden (das wage ich aber nicht vorauszusehen), dann wird das zwar eine sichtbare Zäsur sein durch die Freizügigkeit und andere Regelungen, aber eine grundsätzliche Veränderung sehe ich nicht.

Wenn von der Aufnahme der Türkei in die EU die Rede ist, hört man von deutschen Politikern oft den Begriff einer „Brücke“, einer „Brückenfunktion“, die die Türkei erfüllen soll. Als wären die EU und die arabische Welt wie zwei voneinander getrennte Ufer, zwischen denen eine Brücke geschlagen werden muss. Ist das auch Ihr Bild?

Nein, ich denke, die engen Verflechtungen sind historisch gewachsen. Diese Sicht der „Brücke“ hat man vielleicht, wenn man sich vor einem unüberbrückbaren Abgrund fühlt, da entwickelt man



dann solche Bilder. Es ist natürlich ein Problem, dass die Kenntnisse und das Bewusstsein dieser eigentlich sehr engen Verbindung zur muslimischen Welt nicht so weit verbreitet sind.

Das sagen Sie, obwohl wir jetzt seit so vielen Jahrhunderten nebeneinander leben, nur durch ein kleines Meer getrennt, an anderen Stellen noch nicht einmal dadurch? Obwohl es Jahrhunderte gab, in denen der kulturelle Austausch zwischen diesen beiden Regionen außerordentlich intensiv war?

Ich stelle mir vor, dass man in den näherliegenden Gebieten das etwas anders sieht. Wir in Deutschland sind davon vielleicht etwas weiter entfernt, das hat aber auch noch ganz andere Gründe: Wenn wir uns mit einigen anderen europäischen Ländern vergleichen, so haben wir keine entsprechende Kolonialgeschichte wie etwa England oder Frankreich. So dass der Blick aus Deutschland heraus in die muslimische Welt eigentlich nie sehr weitreichend war.

Heißt das: Er war auch nicht sehr tiefgehend und nicht sehr intensiv?

Das möchte ich nicht sagen. Wir hatten in Deutschland interessanterweise in der Orientwissenschaft eine Zeit, als führende Wissenschaftler aus Deutschland kamen. Das hat sich danach

wieder geändert. Spezialisten hat es zwar in Deutschland immer gegeben, auch in der jüngeren Vergangenheit, denken Sie nur an Frau Annemarie Schimmel, aber sie blieb ein Einzelfall.

Verstehe ich Sierichtig: Was Siesich wünschen würden, ist so etwas wie ein Dialog der Kulturen zwischen der muslimischen Welt und Europa?

Den Dialog der Kulturen gibt es, wenn auch in gewissen Grenzen. Aber er wird zum Teil auch als Instrument benutzt für andere Interessen. Nehmen wir das Beispiel unserer Bundesregierung, die sich in der Vergangenheit nicht so sehr dafür interessiert hat, aber nach den Ereignissen von New York sich verstärkt für Kontakte zur muslimischen Welt einsetzt und auch von hier aus versucht, in die muslimische Welt hineinzuwirken über verschiedene Instrumente von den Goethe-Instituten über das Entwicklungshilfeprogramm, das Auswärtige Amt bis hin zu einer neuen Website, die in arabischer Sprache über Deutschland und deutsch-arabische Beziehungen informiert.

Darf ich hier einmal nachfragen, welche Interessen Sie hinter diesem Dialog der Kulturen sehen oder vermuten?

Man versucht, in der muslimischen Welt Verständnis zu wecken für die abendländische Sicht eines Gesellschaftsmodells, von dem man sich vorstellt, dass es vielleicht für die muslimische Welt auch passen würde.

Das klingt, als sprächen wir von George W. Bush.

Nun gut, wir sind hier ja nicht isoliert, sondern wir leben in einer Verbindung auch mit anderen Ländern und anderen politischen Vorstellungen. Also, man stellt sich vor, dass dieses abendländische Modell eigentlich auch für die muslimische Welt brauchbar sein sollte. Das ist übrigens nicht erst seit ein paar Jahren so, sondern diese Diskussion hat es auch früher schon gegeben. Das Stichwort dabei war immer: Der muslimischen Welt fehlt so etwas wie die abendländische Aufklärung. Das ist der Dreh- und Angelpunkt, aus dem dann alles funktioniert: Wenn man diesen Grundsatz in Anwendung bringt, dann kann man von da aus weiterargumentieren.

Aber in der muslimischen Welt gibt es natürlich sehr viele Leute, die sagen: Nein, die Aufklärung ist ein spezifisch abendländisches Phänomen, und es ist kein Zufall, dass sie eben gerade dort stattgefunden hat, und die muslimische Welt hat ihren eigenen Entwicklungsweg.

Ich denke, Sie berühren da ein heikles Problem. Die Frage nämlich, ob der Koran oder der Islam auf eine solche Weise interpretiert werden kann, dass er – ich zitiere sozusagen – „in die Moderne hineinpasst“.

Die Frage der KoranAuslegung und -interpretation ist eine sehr wichtige und sehr interessante Frage. Man darf nicht vergessen, dass es KoranAuslegung seit der ursprünglichen Verkündigung gibt. Das ist also gar nichts Neues. Und die Gesellschaften,

in denen Muslime gelebt haben, haben sich im Lauf der Geschichte natürlich gewandelt, und deshalb sind auch immer wieder neue Fragen aufgetaucht, die dann aus der Sicht des Korans betrachtet wurden. Dabei sind immer wieder neue Sichtweisen entstanden, die es in vorausgegangenen Phasen nicht gegeben hatte. Das ist heute selbstverständlich auch so. Ich will ein Beispiel nennen (bei dem es den Christen mit der Bibel wahrscheinlich ähnlich geht): Denken wir einmal an die Entwicklung in der Biotechnik oder der Medizin, an die Frage der Embryonenzüchtung im Reagenzglas, das war zu Beginn dieser Forschungen eine sehr umstrittene Frage, ebenso wie auch das Klonen. Mit diesen Fragen müssen sich die Muslime selbstverständlich auseinandersetzen, und das tun sie auch, und sie tun es auf der Grundlage ihrer Heiligen Schrift, das ist der Koran.

Was die Frage nach dem Gesellschaftsmodell angeht, so denke ich, das dies nicht so akut ist, weil man sich damit ja schon seit langer Zeit auseinandergesetzt hat. Muslimische Gelehrte und Wissenschaftler haben sich durch diese lange Berührung mit Europa natürlich auch mit den europäischen Gesellschaftsformen beschäftigt. Dabei hat man eigentlich einen weitgehenden Konsens schon längst dahingehend gefunden, dass man im Bereich der Meinungsbildung mit demokratischen Vorstellungen eigentlich keine Probleme hat. Schwierigkeiten hat man bei der Frage des Prinzips der Säkularität: Darf man gewisse Bereiche des gesellschaftlichen Lebens völlig religionslos betrachten und organisieren?

Darf ich die Frage schärfer stellen: Eigentlich müsste man doch, von Europa aus gesehen, sagen, dass der Staat insgesamt religionsfrei definiert wird und nicht nur Teile desselben. Kirchen und religiösen Bekenntnissen wird ein gewisser Freiraum eingeräumt, aber die Grundprinzipien des Staates sind areligiös. Kommt da ein Muslim nicht in bestimmte Schwierigkeiten?

Sehen Sie, das ist in der Theorie vielleicht so, aber in der Praxis nun wirklich nicht. Denken wir nur an Bayern, ein Land, indem wir beide jetzt leben und das in der Verfassung einen klaren religiösen Bezug hat – womit die Muslime überhaupt keine Probleme haben. Es hat auch beispielsweise vor dem Kruzifix-Urteil von muslimischer Seite nie einen Einwand gegen das Kruzifix gegeben, der kam von einer ganz anderen Seite. In der Praxis ist das also unproblematisch. Wir sehen das im übrigen auch in dem, was sich in der Kopftuch-Frage entwickelt. Die chirurgisch saubere Lösung, etwa durch neue Gesetze, ist auch hierzulande nicht gelungen, und ich denke, sie ist eigentlich auch nicht erstrebenswert.

Ich habe von Begriffen gelesen wie „das Haus des Islam“, „das Haus des Krieges“ und „das Haus des Vertrags“ (letzteres als friedliche Mittelposition zwischen den beiden anderen). Spielen diese Begriffe im Leben eines gläubigen Muslim eine Rolle oder sind auch sie nur Theorie?

Das sind Begriffe, die im Leben und Bewusstsein der allermeisten Muslime heutzutage keine Rolle spielen, weil sie für die Alltagssituation keine große Bedeutung haben. Sie haben keine sehr praktischen Auswirkungen. Die Begriffe stammen aus früherer Zeit, aus den Versuchen, die Welt zu ordnen, zu gliedern, und die muslimischen Rechtsgelehrten haben sich dazu dieser Vorstellungen bedient, um klar definieren zu können, wie Beziehungen zwischen Menschen in verschiedenen Gegenden der Erde geregelt werden müssen. Das ist der Hintergrund. Das ist heute durch die Lebenssituation, in der wir uns befinden, ziemlich überholt. Wir leben als Muslime kaum noch in Gegenden, in denen es keine Nicht-Muslime gibt; andererseits gibt es kaum Gegenden auf der Erde, in denen es nicht auch eine muslimische Minderheit gibt.

Ein großer Teil der Muslime, weltweit gesehen, lebt in solchen Situationen. Es gibt sehr große muslimische Minderheiten, die gar nicht als Minderheiten wahrgenommen werden, zum Beispiel in Indien. De facto leben sie als Muslime in einer nicht-muslimischen Umwelt, und das schon seit Jahrhunderten. Das erklärt, weshalb die genannten Begriffe dort im Lauf der Zeit bereits an Kontraststärke verloren haben und heute vielleicht in der Theorie auftauchen, aber nicht in der Praxis.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland hat einmal auf die Frage, ob bestimmte gesetzliche Vorschriften, Stichwort Scharia, in Europa angewendet werden können oder müssen, gesagt: Nein, sie müssen es nicht, weil hier kein perfekter islamischer Staat existiert. Wie ist diese etwas ambige Äußerung zu verstehen? Ist sie eine vermittelnde Position, das heißt: Es besteht keine Gefahr, wie sie von Europäern wahrgenommen wird; oder ist gemeint: Es muss erst ein perfekter islamischer Staat eingerichtet, und dann wird aber auch die Scharia eingeführt?

Ich persönlich würde das nicht so ausdrücken wollen. Der vollkommene islamische Staat - wo existiert er? Und wann hat er in der Geschichte existiert? Wenn man unter Muslimen diese Frage diskutiert, wird man sagen: Zu Lebzeiten des Propheten Mohammed (s); solange der Gesandte Gottes unter den Menschen weilte, hat seine Anwesenheit dafür gesorgt, dass die Dinge so gestaltet wurden, wie es den islamischen Vorstellungen entspricht. Vielleicht auch noch unter den ersten seiner Nachfolger, die man die „Rechtgeleiteten Kalifen“ nennt. Das ist die Phase, auf die man zurückgreifen kann, und es ist jedem Muslim klar, dass alles, was die Menschen danach versucht haben, allenfalls zum Ideal hintendiert, aber nicht die Verwirklichung des Ideals war. Daher kann ich eine solche Formulierung eigentlich nicht gebrauchen. Ich muss schon konkreter werden und der Frage nachgehen, wann ist eine Gesellschaft in einer Lage, dass die Grundsätze des islamischen Rechts dort Anwendung finden. Ich persönlich würde sagen: Wenn die Mehrheit der Menschen in dieser Gesellschaft sich dazu entschließen, dann sollte man das

akzeptieren und ihnen die Möglichkeit geben, ihre Gesellschaft entsprechend zu gestalten.

Derselbe Vorsitzende beantwortete die Fragen nach den fehlenden Demonstrationen von Muslimen nach Madrid damit, dass Demonstrationen nicht zur „Kultur der Muslime“ gehörten. Ist das auch Ihre Meinung?

Nach Gesprächen, die ich mit Muslimen dazu geführt habe, ist der eigentliche Hinderungsgrund wohl eher die Angst davor, dass man bei Demonstrationen, wo man sich öffentlich zeigt, von den Sicherheitsorganen fotografiert, gefilmt wird und so möglicherweise mit etwas in Verbindung gebracht wird, was man nicht möchte, dies insbesondere auch vor dem Hintergrund der immer wieder als sogenannte „präventive Maßnahmen“ vorgenommenen Moschee-Umstellungen bei den wöchentlichen Freitagsgottesdiensten, wo die Polizei, wie zuletzt in Bochum, ohne wirklichen Anlass allein zur Einschüchterung die Personalien aller Moscheebesucher aufnimmt. Man befürchtet, dass im Laufe der Zeit daraus eine Gesamtdatei derjenigen Muslime in Deutschland entsteht, die ihrer Religion zumindest so eng verbunden sind, dass sie sich der Mühe unterziehen, freitags die Moschee zu besuchen.

Mehr als drei Millionen Muslime in Deutschland oder auch fünfzehn Millionen Muslime in Europa stellen heute eine außerordentlich starke und wachsende Minderheit dar. Glauben Sie, dass man dieser Minderheit insofern Rechnung tragen müsste, als man ihr bestimmte Sondergenehmigungen oder Sonderrechte einräumt, beispielsweise eigene Friedhöfe oder eigene Schlachtungsvorschriften? Gehört auch das zur positiven Religionsfreiheit?

Ich persönlich sehe das so. Es ist mir unverständlich, warum das ein so großes Problem sein soll. Ich kann natürlich gewisse Argumente nachvollziehen, aber ich kann die Vernunft darin nicht sehen. Das Stichwort, das wir von auch von der Politik immer wieder hören, ist das der „Parallelgesellschaft“. Das ist natürlich eine berechtigte Sorge, das ist gar nicht zu bestreiten. Aber wenn man mit dieser Frage sachlich und vernünftig umgeht, denke ich, kann man das gut lösen. Ich würde auch gar nicht von einer „Parallelgesellschaft“ sprechen, sondern - wenn ich einen Begriff aus der Soziologie entlehnen darf - von einer Subkultur. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass es dieses Modell der Subkultur innerhalb der großen Kultur (ich vermeide den falsch besetzten Begriff „Leitkultur“) geben kann. Es ist ja zweifelsfrei so, dass es in einer großen Gesellschaft Subkulturen gibt. Und warum soll man diese Erkenntnis nicht nutzen, also mit der genannten Frage nicht vernünftig umgehen?

Ein praktisches Beispiel: In Kanada ist man jetzt zu der Ansicht gekommen, dass es sinnvoll wäre, den dort lebenden Muslimen in gewissen Teilbereichen der Rechtsprechung einen Platz einzuräumen, wo sie einige sie betreffende Fragen selbständig lösen können und das übergeordnete kanadische Rechtswesen solange nicht eingreift, solange

die betroffenen Parteien mit dieser Regelung zufrieden sind. Das sind in Kanada konkret Fragen aus dem islamischen Eherecht und Scheidungsrecht. Ich denke, man könnte sich auch hier daran orientieren.

Ich muss noch einmal auf die „Subkultur“ zurückkommen. Wird hier nicht eine islamische Lebensform als zu gering eingestuft? Eine Subkultur, denke ich, ist doch etwas, was sich undefiniert, auf Grund eigener Gesetze und Kräfteverhältnisse ausbreitet, auch wieder verschwinden kann und durch eine andere Subkultur ersetzt wird, die also ein sehr fluides, unorganisiertes Leben führt. So sehe ich nicht die Lebensweise einer Religion, die ja durch Heilige Schriften, befugte Personen, Zusammenkünfte, gemeinsames Gebet und anderes klar definiert und auf Dauer gestellt ist.

Da sind wir wieder bei der Unterscheidung zwischen Theorie und Praxis. Was die Theorie betrifft, gebe ich Ihnen ohne weiteres recht. Aber wenn ich aus der Praxis heraus die tatsächliche Lebenssituation der muslimischen Minderheit in Deutschland oder Europa betrachte, dann ist der Begriff nicht falsch gewählt. Der Einfluss, man kann auch sagen: der Druck der Gesamtgesellschaft auf die muslimische Minderheit ist erheblich; und viele Muslime, wenn man sie konkret darauf ansprache, hätten große Schwierigkeiten, präzise zu definieren, was sie unter ihrer muslimischen Kultur in Deutschland eigentlich verstehen.

Man hört oft von muslimischer Seite, dass Muslime nicht genügend Anerkennung fänden von Seiten der Mitteleuropäer. Woran spürt man als Muslim diesen „Druck“, diese Nicht-Anerkennung?

Die Frage der Nicht-Anerkennung wird von Muslimen definiert über die Frage der Gleichberechtigung. Man hat die These akzeptiert, dass vor dem Gesetz alle Menschen gleich sind. Zur Erläuterung: Die Muslime in Deutschland sind ja ganz überwiegend Einwanderer oder Kinder von Einwanderern; sie haben hier eine Gesellschaft und eine Rechtsordnung vorgefunden, aus der sie bestimmte Maximen entnommen haben, von denen sie meinen, dass sie für sie von Bedeutung sind. Eine davon ist die Gleichheit vor dem Gesetz, eine andere ist das Verbot von Diskriminierung auf Grund der Religionszugehörigkeit, und da fühlen sich die Muslime durch die Praxis sehr stark zurückgesetzt.

In welcher konkreten Situation wird das gefühlt?

In vielen Bereichen. Fangen wir an mit der Gebetsstätte, mit dem Moschee-Bau – nicht nur bei der Frage: Lautsprecher oder nicht?, sondern mit dem Bau selbst, also: Wo ist der geeignete Platz für eine muslimische Gebetsstätte? Wenn Sie sich umschauen, reisen Sie durch die verschiedenen deutschen Städte, und Sie werden die Moscheen, wenn Sie sie sehen, in Randlagen sehen oder in Industrie- oder Gewerbemischgebieten, aber auffallend sel-



Gelsenkirchen, 26. Januar 2004: ein Polizist mit Beweismaterial nach einer Schießerei mit zwei Toten in der Moschee.
(Foto: Associated Press / AP)

ten in Gegenden, wo die Muslime selber leben, von einem Stadtviertel wie Kreuzberg einmal abgesehen. Seit Jahren wird versucht, hier im Münchner Westend eine Moschee zu bauen, aber es ist nicht möglich, so etwas zu verwirklichen. Immer wieder wird diskutiert: Passt die Moschee mit ihrer etwas auffälligen Architektur (die sich oft gar nicht von etwa italienischen Kirchen unterscheidet) in das hiesige Stadtbild? Da bleibt dann ein bitterer Beigeschmack, dass man eben doch nicht mit anderen gleichberechtigt ist. Und das tut natürlich weh, das ist gar keine Frage. Dann die Dinge, die den Leuten immer wieder passieren: Man hat am Arbeitsplatz Schwierigkeiten mit der muslimischen Lebensweise, den täglichen fünf Gebetszeiten. In dieser Hinsicht hat sich bereits vieles verändert, aber es sind eben doch Problembereiche geblieben. Auch gerade nach dieser Kopftuch-Debatte empfindet man, dass jetzt die Gleichberechtigung außer Kraft gesetzt wird, wenn in den geplanten oder verabschiedeten Gesetzen immer gesagt wird, dass die nicht-muslimischen religiösen Symbole nicht gemeint sind und die Gesetze nur auf das muslimische Kopftuch abzielen. Das empfindet jeder Muslim als eine Diskriminierung.

Wie soll aber diese Gleichberechtigung oder Gleichbehandlung in der Praxis vorankommen, wenn die Muslime – wenn ich es einmal so ausdrücken darf: – manchmal in dem Ruf stehen, es mit der Integration nicht ganz ernst zu meinen?

Es ist sicher so, dass die Muslime nicht Assimilation meinen. Integration aus muslimischer Sicht – zu diesem Thema hatten wir eine große Veranstaltung in drei Städten, München, Hanau und Berlin, und zwar die Jahreskonferenz der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland, das Thema war „Integration statt Ghetto?“. Ich war einer der Redner, der versuchen sollte, die muslimische Sicht zusammenzufassen. Die Vorstellung von Integration ist etwa die, dass man als Muslim nicht fragt: Welche Teilhabe hat man an der Gesellschaft? (in dem Sinne, dass man etwas nimmt), sondern: Was kann man beitragen, was kann man geben? Die Muslime sind nicht so wie andere in der Gesellschaft, das ist eine Tatsache. Andere in der Gesellschaft sind nicht so wie die Muslime. Wir leben aber alle in dieser einen Gesellschaft und sollten uns dann fragen: Was ist unsere jeweilige, spezifische Rolle in dieser Gesamtgesellschaft, in der wir leben? Was können (wenn ich die Frage jetzt einmal im religiösen Bereich betrachte) die Christen und was können die Muslime konkret beitragen zum guten, friedlichen Zusammenleben aller Menschen in dieser Gesellschaft. Ich denke, da hat jeder seinen Beitrag, den er leisten kann, und diese Frage muss man stellen. Es ist auch nicht verboten, dass man die Muslime fragt: Hört mal, was ist eigentlich eure Rolle hier, was ist euer Beitrag? Das sollte man durchaus tun. Aber die Ansicht beispielsweise des Bundesinnenministers Schily von der Assimilierung der Muslime, dass sie also ihre Identität aufgäben, das ist es nicht, was Muslime sich vorstellen.

Das würde aber doch auch bedeuten, dass die Teilnehmer an diesem Dialog auf jede Missionierung verzichten.

Der Begriff der Missionierung ist deutlich ein Begriff aus der abendländischen Geschichte. Wenn man etwas vielleicht Ähnliches bei den Muslimen sucht, dann würde man den Begriff der „da'hwah“ finden, den man mit „Ruf“ oder „Einladung“ übersetzen könnte. Die Muslime verstehen darunter, dass sie ihre religiösen Vorstellungen durchaus bekanntmachen. Sie sagen, es gibt einen Unterschied zwischen diesem Bekanntmachen und dem Missionieren, vergleichbar dem Unterschied zwischen Information und Werbung, also sachlicher Information (etwa in einem Beipackzettel) und dem Ziel, das Produkt an den Mann zu bringen, gleichgültig, ob er es braucht oder nicht.

Was wünschen Sie sich von der nicht-muslimischen Seite für diesen Dialog zum Zweck eines friedlichen Zusammenlebens?

Ich würde mir wünschen, dass man einerseits das, was man als die eigenen Grundwerte vorstellt, nicht nur theoretisch vorträgt, sondern auch praktisch zur Anwendung bringt. Ich kann es freundlicher auch so sagen: Es ist sehr wichtig für alle, die von dieser Situation betroffen sind, Vertrauen zueinander zu finden. Und Vertrauen entsteht nicht dort, wo es die sichtbare Diskrepanz zwischen Wort und Tat gibt, wo man hohe Prinzipien verkündet, sie aber in der Praxis schändlich missachtet. Das darf nicht passieren. Leider passiert es, und ich würde mir wünschen, dass das endet, auch wenn man zu dem, was die Muslime vortragen, ganz unterschiedliche Positionen hat.

Dasselbe gilt für die Muslime selbstverständlich auch. Das Vertrauen zu den Muslimen hängt natürlich entscheidend auch davon ab, dass es in ihrem Verhalten keine Diskrepanz gibt zu dem, was sie sagen.

Die Fragen stellte Fritz R. Glunk.

Zum Interview: ein Kommentar

Die Antworten in diesem Interview bringen Meinungen zum Ausdruck, die vor allem keinen Anstoß erregen wollen. Wer aber genau hinhört, erkennt in den scheinbar harmlosen Antworten Brisantes. Etwa den Vorschlag, Muslime und eingessene Europäer sollten gemeinsam eine neue Gesellschaftsordnung entwerfen – als hätte Europa nicht längst eine Geschichte und ein kollektives Gedächtnis, eine wachsende staatliche Form und bald eine eigene Verfassung, die nicht zur Disposition einer Religion steht. Oder die Absicht, das islamische Recht, im Klartext die Scharia, einzuführen, wenn Muslime dereinst in Europa die Mehrheit bilden werden: „Dann sollte man das akzeptieren und ihnen die Möglichkeit geben, ihre Gesellschaft entsprechend zu gestalten.“ Bedenklich, denn der wesentliche Gehalt der Grundrechte ist der Änderung durch Mehrheiten entzogen. Ob solche Äußerungen also das nötige Vertrauen schaffen, muss bezweifelt werden. Hrsg.